

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bezugspreis: Durch unsern Boten
jeden Sonntag monatlich 20.00 Mark.
Bestellungen nehmen die Postämter
und für Rußland die Postämter
ausgegeben. — Erscheint wöchentlich.
Schriftführer: Anschlag Nr. 23.
Telegraphen: Codelblatt Erzgebirge.

Abdruckpreis für Anzeigen aus Rußland
jeden Sonntag 2.00 Mark, ansonsten
jeden Sonntag 1.00 Mark, Restliche
jeden Sonntag 2.00 Mark. Bei größeren
Anzeigen auf besonderen Rabatt.

Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue.

Postfach-Nr. 1000

Nr. 194

Montag, den 21. August 1922

17. Jahrgang

Deutschland nach London.

Vom Oberbürgermeister Dr. Aßig, M. d. R.

Wie der Winter uns legende Krieg in seinem Ausmaß und in seinen Formen kein Gegenstück in der Geschichte hat, so ist auch die Liquidierung des Weltkriegs, wie wir sie seit vier Jahren erleben, ohne jeden geschichtlichen Vergleich. Auf dreizehn Konferenzen hat man sich jetzt bemüht, den weltwirtschaftlichen, weltpolitischen und moralischen Widersinn, welchen man den „Frieden“ von Versailles genannt hat, wenigstens seiner ungeheuerlichen Folgen zu entkleiden, aber ein durchschlagender Erfolg ist bis jetzt nicht zu verzeichnen. Ohne einen Zusammenbruch des ganzen Gebäudes, welches in Versailles Verblendung, Gewalt und Rache ausgeführt haben, ist dies auch nicht denkbar. Einem solchen Zusammenbruch stehen wir vielleicht näher, als wir ahnen; es fragt sich nur, ob nicht unter den Trümmern die europäische Wirtschaft und Kultur mitbegraben werden.

Was sich in London vor den Augen der Welt abgespielt hat, war ein neuer Abschnitt in dem immer schärfer werdenden Kampfe der französischen Vernichtung- und Zerstückungspolitik um jeden Preis gegen die britische Politik der egoistischen Vernunft. Nichts wäre verkehrter, als auf britischer Seite als Motiv Sympathien für Deutschland anzunehmen. Wer daran geglaubt haben sollte, den belehrt das amtliche Schlußkommuniquee des englischen Botschafters gründlich eines Besseren mit dem Satz: „Der Standpunkt Englands gegen die von Poincaré vorgeschlagenen Garantien ist nicht bestimmt durch irgendwelche warmen Gefühle für Deutschland.“ Bestimmend für England ist das ureigenste Interesse der Selbsterhaltung als europäische Wirtschaft- und Großmacht. Der französische Imperialismus glaubt die Zeit für gekommen, um die letzten Früchte zu ernten und sich zu der politischen und militärischen die wirtschaftliche Vormachtstellung des europäischen Kontinents zu sichern. Man muß gestehen: Die Ziele sind von napoleonischem Format, und seit der Kontinentalperre ist für die europäische Stellung Englands keine größere Gefahr im Anzuge gewesen als jetzt. Ein durch wirtschaftliche Gewaltmaßnahmen politisch zerfallendes Deutschland gibt Frankreich alles, was es zur Beherrschung Europas noch braucht. Ohne das Ruhrgebiet ist die wirtschaftliche Hegemonie Frankreichs nicht fundiert; bekommt es aber zu den Erzen des Saargebietes und zu den Kohlen Oberschlesiens, die es unter polnischer Firma zum erheblichen Teil hat, auch die Kohlenfelder des Ruhrgebietes, dann ist England als europäische Wirtschaftsmacht aus den Angeln gehoben und die europäische Wirtschaft ist Sklave des französischen Imperialismus und Kapitalismus. Ein wirtschaftlich lebensfähig bleibendes Deutschland kann allein ein entlastendes Gegengewicht schaffen.

Angesichts dieser ungeheuerlichen Gegensätzlichkeit zwischen der britischen und französischen Politik noch von einer Entente zu sprechen, ist absurd. Ebenso unbegründet aber wäre es aus dem inneren Zerfall den dem Namen nach noch bestehenden Entente eine Erleichterung der Lage Deutschlands zu erwarten. Das reine Gegenteil ist der Fall. Ein von England innerlich losgelöstes Frankreich wird hemmungslos seinem politischen Satiatismus die Bügel schießen lassen. Was dann alles zu erwarten ist, davon geben die Garantieforderungen Poincarés in London und die Maßnahmen einen Vorgeschmack, die bisher von Frankreich ergriffen worden sind. Eine so brutale Maßnahme, wie die binnen 48 Stunden durchgeführte Vertreibung von 500 unglücklichen deutschen Familien aus dem Elß ist seit dem Bestehen des Barbarentums zwischen zwei angeblich im Frieden lebenden Völkern nicht zu verzeichnen gewesen. Diesen hitzigen und menschlichen Hoheitsakt begeht derselbe Poincaré, welcher eine Verständigung mit Sowjetrußland unter der Begründung ablehnt, daß der Bolschewismus gegen die christliche Auffassung von Privateigentum verstoße. Wenn dem gegenüber ein ehemaliger deutscher Staatssekretär den Geschmack hat, daran zu erinnern, daß im Kriege auch von deutscher Seite die heiligen Arbeitslosen aus ihrer Heimat entfernt worden seien, so ist diese Entgegnung ein neues Zeichen für die Verwirrung, welche der verlorene Krieg in manchen Köpfen in dem angerichtet hat, was man nationale Würde nennt und ein Beweis des kurzen Gedächtnisses oder der Oberflächlichkeit des eilfertigen Urteilsschwabens, welchem es nicht gegenwärtig ist, daß diese Verbringung der belgischen Arbeitslosen in deutsche Arbeitsgebiete im Einverständnis mit den belgischen Behörden geschah. Daß die sogenannten Kulturstaaten der Welt auch diese französische Schandtat genau so hinnehmen, wie die schwarze Schmach, wird späteren Geschlechtern als eine unbegreifliche Kulturshande erscheinen.

Aber auch das deutsche Volk hat in den letzten schweren Tagen nicht die Haltung gefunden, die als wirksamer Faktor in London in die britische Entlastungspolitik eingestellt werden könnte. Daß sich die deutsche Regierung während der Londoner Konferenzen äußerster Zurückhaltung befleißigte, ist nur allzu sehr verständlich. Daß aber die öffentliche Meinung Deutschlands gegenüber den neuesten Ausgebirten französischen Wahntwipes nur matt und unvollkommen reagiert, ist ein schmerzlicher und verhängnisvoller Fehler. Wir dürfen uns nicht daran gewöhnen, in fatalistischer Gleichgültigkeit jeden neuen Gewaltakt unserer Feinde als etwas Unabwendbares zu betrachten. Die deutsche Republik hat sich in den letzten Wochen fähig gezeigt, die nötigen Schutzmaßnahmen gegen die Gefährdung von innen heraus zu ergreifen, weil das deutsche Volk in seiner breiten Masse auf den Plan trat, und diesen Schutz als eigene Lebensnotwendigkeit erkannte und forderte. Jetzt droht und droht die schwerste Gefährdung des Deutschen Reiches von außen her seit den Tagen von Versailles. Wo bleibt da die geschlossene Befundung des deutschen Selbsterhaltungswillens?

Wir verlangen nicht etwa, daß die Massen wieder in Demonstrationen auf die Straße ziehen, wie am 4. Juli, wo sie für ein Gesetz demonstrieren, was sie damals noch nicht kannten, denn wahre Demokratie macht nie eine Politik der Straße, nie eine Politik auf der Straße und mit der Straße, sondern eine Politik für das Volk mit dem Volk und durch das Volk. Hierzu aber ist es notwendig, daß sich das Volk als verantwortlicher Träger seines eigenen Schicksals fühlt und bekennet. Solche starken Bekenntnisse, welche zweifellos sehr nützlich gewesen wären, haben in den letzten Tagen und bis heute vollständig gefehlt. Worin hätten sie bestehen sollen und können? Nun, wenn die deutschen Gewerkschaften aller Richtungen z. B. erklärt hätten, daß kein deutscher Arbeiter Frondienste im Ruhrgebiet unter der Knute des französischen Kapitalismus leisten werde, so hätte sie im Interesse des Schutzes der deutschen Republik nach außen eine bessere vaterländische Tat vollbracht als durch die von Gewalttaten nicht freigebliebenen Demonstrationen zum Schutz der Republik gegen innere Feinde. Wenn am Tage nach der schmachtvollen Ausweisung der 500 deutschen Familien in allen deutschen Theatern, Konzerten, Kinos und sonstigen Vergnügungstheatern die Unternehmungen auch nur einen Teil ihres Reinertrages für diese unglücklichen deutschen Volksgenossen zur Verfügung gestellt hätten, dann hätte die Welt aufgeschreckt und gegenüber der erbärmlichen französischen Machepolitik eine deutsche Tat gesehen. Wenn die Organisationen des Handels angesichts des sprunghaften Embarkosens des Dollarkurses einmütig beschloßen hätten, freistufig auf die weitere Einfuhr von französischen Waren, Textilien und Seiden, von französischem Sekt und Cognac, von Schweizer Schokolade, von spanischen und italienischen Apfelsinen zu verzichten, so wäre das ein Beweis höchster wirtschaftlicher Moral gewesen. Wenn in Bayern angesichts der jetzigen Gestaltung unserer auswärtigen Lage die Regierungsparteien einmütig und ohne Ausnahme das mit der Reichsregierung vereinbarte Protokoll, welches den Bayern wahrhaftig weit genug entgegenkommt, unterzeichnet hätten, so wäre gerade in diesem Augenblick damit am wirkungsvollsten die trügerische Hoffnung Frankreichs auf ein Schwanken der Reichsgrundlage zerstört worden. Derartige Taten sind nicht Auswärtigkeiten eines unfruchtbaren Chauvinismus, sondern notwendige Äußerungen eines auch im Unglück lebendigen Nationalgefühls. Ohne sie gewöhnt man die Welt und sich selbst an den für uns fürchterlichsten Gedanken: den Deutschen kann man alles bieten! Republik, Demokratie und Volk in Frankreich haben in ähnlichen Zeiten anders gehandelt als wir. Neben dem Ruf nach Überlebens, egalität, fraternité setzten sie im gleichen Atemzug das Gebot: et mort a nos ennemis! das „Tod den Feinden“ verbannt! die deutsche Demokratie betruht und absichtlich als vergiftendes Wort aus ihrem politischen Wörterbuch; wohl aber muß es ihre vornehmste vaterländische Pflicht sein, jeden neuen Akt des Vernichtungswillens unserer Feinde mit einer deutlichen Befundung des deutschen Selbsterhaltungswillens zu beantworten.

Vorbereitung des französischen Einmarsches ins Ruhrgebiet?

Während gestern noch die Pariser Blätter der Ansicht waren, daß Poincaré ohne militärische Aktion die von ihm erstrebten produktiven Wälder im besetzten Gebiet sich verschaffen werde, teilen heute einige Zeitungen mit, daß die französische Regierung den Einmarsch ins Ruhrgebiet vorbereitet. Das Journal berichtet, daß die Befehle des Ruhrgebietes innerhalb von 48 Stunden werde stattfinden können. Die erforder-

lichen Truppen seien bereits an Ort und Stelle versammelt. Die Operationen würden sehr einfach sein, da man Ruhrort und Duisburg bereits in Händen habe. Man werde zunächst die Ausgangs- und Hauptpunkte des Ruhrgebietes besetzen, wodurch der Mittelpunkt der deutschen Großindustrie in Frankreichs Hände fallen werde. Die französische Regierung werde aber nichts tun, was die Ausbeutung der Bergwerke fördern könnte. Es handele sich nur um eine wirtschaftliche Befestigung, die den Zweck verfolge, die deutschen Großindustriellen zu einer praktischen Zusammenarbeit zu veranlassen. Die Befestigung würde aufhören, sobald die deutschen Zahlungen wieder regelmäßig erfolgten.

Der Berliner Besuch der Repco.

Mit welchen Aufträgen und Plänen die beiden Mitglieder der Repco, Bradbury und Traulenz, nach Berlin entsandt sind, ist im einzelnen natürlich noch nicht bekannt. Zweifellos aber nicht auf Grund des Art. 234 des Versailler Vertrages, der die regelmäßig sich wiederholende Prüfung der Leistungsfähigkeit Deutschlands vorsieht. Wie dem aber auch sei, es ist zu begrüßen, daß die Lösung die in London nicht gefunden werden konnte, nunmehr auf dem Wege direkter Verhandlungen mit der Reichsregierung gesucht wird. Damit ist ein Weg eröffnet, der zur weiteren Klärung der Sachlage führen kann, was sich natürlich in direktem Gedankenaustausch besser erzielen läßt als durch den Austausch von Noten. Ueberdies soll der wahre Grund der Reise der sein, wie ein Pariser Blatt meldet, daß der deutsche Finanzminister Dr. Dierkes, der einzig kompetente Mann, frank sei und die Reise nach Paris nicht hätte unternehmen können. In jedem Falle wird man sich hüten müssen, an diesen Besuch besondere Hoffnungen zu knüpfen. Ein gutes immerhin wird er haben: Es wird der Regierung ein leichtes sein, den beiden Herren nachzuweisen, daß Deutschland mitten in einer schweren Katastrophe steht und daß deshalb die Entscheidung nicht mehr hinausgeschoben werden darf, sondern schleunigste Hilfe not tut, wenn das sinkende Schiff nicht vollends untergehen soll.

Mißbrauch mit Hindenburg.

Ein beliebter Gegenstand für die rechtsradikalen Heer, Unfrieden zu stiften und Regierung und Volk in Gegenstand zu bringen, ist die Person Hindenburgs. Sehr lang ist die Reihe der Versuche, den Feldmarschall in das Parteigerübe zu ziehen und um ihn das Volk auseinandergeraten zu lassen. Das tollste Stück wird jetzt aus München gemeldet. Hindenburg reist ins Gebirge und passiert am 21. August München. Die Parteien der Rechten wollen ihn begrüßen und gegen diese Ehrung des Feldmarschalls wäre nichts einzuwenden, denn auch anderen Parteien ist die Gestalt Hindenburgs teuer. Aber wieder soll der Akt ein nationalistisches und militaristisches, republikfeindliches Gepräge tragen. Die Bürgerchaft wird aufgefordert, zu schlagen, und die sämtlichen bayerischen Offiziersvereine laden Offiziere, Kerale und Beamte des früheren Heeres und der Marine ein, vor dem Armeemuseum Paradeauffstellung zu nehmen. Auch die Mitglieder des bayerischen „Ordnungsblocks“, alle deutschböhmischen und republikfeindlichen Truppen beteiligen sich an der Veranstaltung, zu der von 20 Sammelplätzen geschlossenezüge geführt werden.

Der bayerischen Reichswehr wurde nun durch telegraphischen Befehl des Reichswehrministeriums die Beteiligung an dieser Parade dieser politischen Verbände untersagt. Es ist eine gesonderte Begründung Hindenburgs durch die Münchener Reichswehr vorgelesen. Dieser Befehl des Reichswehrministeriums ist voll berechtigt, da die Kundgebung von denselben politischen Verbänden veranstaltet wird, die erst vor zwei Tagen auf dem Königsplatz durch die Ausschreitungen ihrer Anhänger eine schwere moralische Niederlage erlitten haben. Eine Beteiligung der Reichswehr an dieser Kundgebung, die zweifellos einen extrem antirepublikanischen Charakter tragen wird, wäre ungleich.

Volkspartei gegen preussische Regierung.

Eine Vertrauensmännerversammlung der Deutschen Volkspartei, in der Dr. Stresemann sprach, beschloß sich mit der Befestigung der Regierungspräsidenten. Es wurde eine Entschiedenheit angenommen, in der schärfsten Protest gegen die Verabschiedung der Regierungspräsidenten erhoben wird, die nicht nur eine schwere Kränkung treuer, im Dienste bewährter Männer, sondern vor allem eine Schädigung der Interessen des Rheinlandes bedeute.

Die Stundung der Ausgleichszahlung

Sind die Zwangsausweisungen aus Elß-Lotharingen?

Aus Paris wird berichtet, daß die französische Regierung die Absicht hege, mehrere der erfolgten Ausweisungen deutscher wieder rückgängig zu machen. Diese Wiltänderung soll vor allem jene Ausgewiesenen betreffen, die Saarländer sind und zu deren Gunsten angeblich die Regierungskommission in Saarbrücken vorteilhaft geworden sein soll. Es kann sich da nur um einige Duzend von jenen hundert Schuldlosen handeln, die als Opfer einer unsinnigen Gewaltpolitik aus ihrer Heimat verjagt worden sind. Die weitaus überwiegende Mehrzahl der Ausweisungen dagegen wird in Kraft verbleiben. Daß diese Retorsionen allem menschlichen Empfinden ins Gesicht schlagen, soll nicht noch einmal gesagt, wohl aber eine andere Frage gestellt werden: die französische Regierung hat die Retorsionen angeblich nur durchgeführt, um auf die deutsche Regierung einen Druck dahin auszuüben, daß sie die Ausgleichsrate vom 15. August in der vollen Höhe von zwei